

## Heute im Hintergrund

---

### Schlechtes Holz – weniger gute Taten

Wie das dramatische Waldsterben die Bilanz der Klosterkammer eintrübt

Seite 4

#### FINANZEN

---

## Kommunale Theater und Grundschullehrer fordern vom Land entschieden mehr Geld

---

Reicht die Förderung für die sechs kommunalen Theater, die vom Land unterstützt werden, künftig noch aus? Mehrere Theaterinitiativen, die sich unter anderem im „Aktionsbündnis Rette Dein Theater“ zusammengeschlossen haben, sehen nicht nur einen großen Nachholbedarf – sondern dazu noch das Land in der Pflicht. Sie haben Eingaben an den Landtag gerichtet und diese gestern vor dem Petitionsausschuss vorgetragen. Kurz danach trat eine Initiative von Grund-, Haupt- und Realschullehrern auf, die eine Aufbesserung ihrer A12-Gehälter auf A13 forderte. Auch sie hatten eine Petition eingereicht. Zu beiden Fragen waren mehrere hundert Besucher in den alten Übergangs-Plenarsaal gekommen. Beiden Initiativen geht es um mehr Geld und mehr Gerechtigkeit.

Was die kommunalen Theater angeht, ist ein Betrag von jährlich drei Millionen Euro, der für den Landesetat 2019 noch wackelig war, mittlerweile fest zugesagt. Bis 2024 soll nicht nur diese Summe fließen. Wie Annette Schwandner erläuterte, die Leiterin der Kulturabteilung des Wissenschaftsministeriums, kommen noch einmal jährlich 375.000 Euro für die Tarifsteigerungen hinzu. Empfänger sind die Stadttheater in Celle, Göttingen, Lüneburg und Osnabrück, außerdem die Landes Bühnen in Wilhelmshaven (für die Küstenregion) und in Hildesheim. Mehrere Vertreter von Kulturinitiativen vertraten die Auffassung, Niedersachsen leiste hier zu wenig. So erklärte Harald Wolff aus Göttingen, Vorsitzender der Dramaturgischen Gesellschaft, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Hamburg, Thüringen, Bayern und Sachsen-Anhalt hätten ihre Theaterförderung deutlich erhöht –

Niedersachsen aber bleibe weit hinter den Möglichkeiten. Die Schauspielerin Laura Thieme vom Ensemble-Netzwerk meinte, die Arbeitsbedingungen in ihrer Branche hätten sich in den vergangenen 20 Jahren erheblich verschlechtert: „Wir leisten mit 50 Prozent weniger Personal rund 50 Prozent mehr Produktion – und das bei 50 Prozent weniger Geld.“ Die Künstler, die nicht dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst unterliegen, bekämen teilweise 2000 Euro monatlich und hätten keine feste zeitliche Perspektive auf eine Anhebung der Bezüge. Gerade Alleinerziehende würden nah am Existenzminimum leben. Laut Wolff hat die Theaterwelt eine wichtige Aufgabe zur Sicherung der Demokratie – weil dort gezeigt werde, wie konträre Ansätze aufeinanderprallen, ohne dass dies im Kampf oder in Gewalt enden muss. Die Politik müsse das unterstützen.

Die Kulturabteilungsleiterin Schwandner erklärte, die Landesförderung für die sechs Theater falle sehr unterschiedlich aus und liege zwischen 50 Prozent (Hildesheim, Wilhelmshaven und Lüneburg) und 29 bis 34 Prozent in den anderen Standorten. Minister Björn Thümler habe dem Vertreter der Kommunen, Lüneburgs OB Ulrich Mädge, eine Angleichung der Förderung auf ein einheitliches Niveau vorgeschlagen. Das sei aber „mehrheitlich abgelehnt“ worden. Die jährlich vorgesehenen 375.000 Euro für Tarifsteigerungen gingen von einer zweiprozentigen Steigerung aus, was „vermutlich nicht reicht“, sagte Schwandner. „Die letzten Erhöhungen sind allerdings vom Land geleistet worden, die Kommunen haben dies nicht mitfinanziert“, sagte die Abteilungsleiterin. Die Vertreter der Theaterinitiativen sehen ein „strukturelles Defizit“ in den kommunalen Theatern von insgesamt neun Millionen Euro.

## **Grundschullehrer sehen A12-Zulage als „Flickschusterei“**

In der Frage der Lehrerbesoldung geht es um 40.000 Grund-, Haupt- und Realschullehrer, die noch nach A12 besoldet werden und auf A13 angehoben werden wollen, was monatlich pro Kopf bis zu 500 Euro zusätzlich ausmachen kann. Eine generelle Aufstufung würde den Landesetat um jährlich 250 Millionen Euro belasten, sagte Dirk Blissenbach vom Finanzministerium. Bis Mitte April hatten mehr als 31.500 Niedersachsen die Online-Petition zur Gehälter-Angleichung unterzeichnet. Annemarie Schuster als Sprecherin der Initiative erklärte, die Ausbildungszeiten und -gänge von Gymnasial- und Grundschullehrern hätten sich inzwischen angeglichen, der Grund für eine höhere Besoldung der Gymnasiallehrer (die ebenfalls wie die Förderschullehrer A13 bekommen) entfalle damit. Die geplante Zulage ab August 2020 von 94 Euro für jeden A12-Lehrer sei nur „Flickschusterei“. Blissenbach sagte, das Finanzministerium sehe ein „rechtliches Risiko“ bei einer Aufstufung, weil Gymnasiallehrer auf ihr „Abstandsgebot“ und eine Besserstellung gegenüber anderen Lehrern pochen könnten. Begründet sei das mit dem vertieften wissenschaftlichen Anspruch der Gymnasiallehrertätigkeit, der höheren Spreizung der Klassenstufen (von 5 bis 13) und der aufwendigen Abiturprüfung. Als Blissenbach auch „den Wert, den die Gesellschaft der Tätigkeit bemisst“ als juristischen Bewertungsmaßstab für Besoldungsunterschiede erwähnte, ging ein Raunen durch den Saal von mehreren hundert Lehrern. Verärgert wurde auch registriert, dass das Kultusministerium der Anhörung fern geblieben war – mit der vom Ausschussvorsitzenden Axel Brammer vorgetragenen Begründung, es gehe nur um die A13-Frage und dafür sei man „nicht zuständig“. Die SPD-Abgeordnete Annette Schütze zeigte ihre

Sympathie mit den Forderungen der Petenten: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ forderte sie. Das gelte umso mehr, als auch die Sonderpädagogen schon A13 bekämen – und für die würden die Gründe, die für die Gymnasiallehrer angeführt werden, nicht zutreffen.

UMWELT

## Grünen-Chefin Baerbock hält den CO<sub>2</sub>-Preis der Koalition für einen „schlechten Witz“

Die Bundesvorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, sieht Deutschland in der Klimapolitik „zurück auf Los“. Das Klimapakete der Bundesregierung bezeichnete Baerbock nach dem Besuch einer Fraktionsklausur der Grünen-Landtagsfraktion in Hannover als Rückschritt. Der Maßstab sei das Klima der Großen Koalition gewesen, nicht das Weltklima, sagte Baerbock am Dienstag nach der Klausur im Landtag. „Ein Klimaschutzpaket, das den Ausbau von erneuerbaren Energien wie zum Beispiel der Windkraft ausklammert, ist wie Blumen gießen ohne Wasser: das funktioniert nicht.“ Den CO<sub>2</sub>-Preis von 10 Euro pro Tonne Kohlendioxid nannte die Grünen-Vorsitzende einen „schlechten Witz“. „Das sind drei Cent pro Liter Benzin, also so viel wie jede normale Schwankung an der Tankstelle. Vor den Ferien sind die Schwankungen häufig noch deutlich größer. Daraus ergibt sich keinerlei Lenkungswirkung“, monierte Baerbock. Die Grünen fordern statt 10 Euro einen CO<sub>2</sub>-Preis von 40 Euro in Form einer Steuer. Im Gegenzug sollen alle Bürger das eingenommene Geld in Form eines Klimageldes zurückbekommen. Das sei auch die bessere Variante als die Erhöhung der Pendlerpauschale, wie sie die Große Koalition plant. Auf ein klares Nein der Grünen im Bundesrat zu den Plänen der Großen Koalition wollte sich Baerbock in Hannover aber nicht festlegen. Man werde jeden Vorschlag genau prüfen. Noch sei gar nicht endgültig klar, was die Bundesregierung überhaupt genau in den Bundesrat einbringen werde. „Selbst der beste und grünste Bundesrat kann aber auch das Nichts in diesem Eckpunktepapier nicht aufheben.“ Das Gremium könne bremsen oder kleine Änderungen vornehmen, aber nicht ein neues Klimaschutzgesetz schreiben.“

Die Grünen im Landtag wollen derweil im nächsten Plenum eine Initiative einbringen, um bei der Energieeffizienz von Gebäuden schneller voranzukommen. Dabei orientieren sie sich am Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das es im Grün-regierten Baden-Württemberg bereits seit dem Jahr 2015 gibt. Beim Austausch von älteren Öl- und Gasheizungen sollen neue Heizungen nur zugelassen werden, wenn es eine 25-prozentige Energieeinsparung durch Wärmedämmung oder einen 25-prozentigen Einsatz erneuerbarer Wärme gibt, erklärte Grünen-Fraktionsvize Christian Meyer. Zudem sollen ab 2020 keine neuen Ölheizungen mehr zugelassen werden. Meyer bezeichnete es als absurd, dass sieben Jahre lang noch Ölheizungen mit bis zu 5000 Euro Zuschuss gefördert werden sollen. Ab dem Jahr 2030 soll es

nach dem Willen der Landtagsgrünen gar keine neuen Heizungen mehr in Niedersachsen geben, die auf fossile Energie angewiesen sind. Das Argument zu hoher Baukosten sieht Meyer in diesem Bereich nicht, schließlich machten die Wärmedämmung und was damit zusammenhänge in der Gesamtrechnung nur wenige Prozentpunkte aus.



Ein Klimaschutzpaket, das den Ausbau von erneuerbaren Energien wie zum Beispiel der Windkraft ausklammert, ist wie Blumen gießen ohne Wasser: das funktioniert nicht.

Die Grünen wollen bei der Initiative einen Fokus auf die Förderung für Sozialwohnungsmieter und Menschen mit niedrigen Einkommen legen, erklärte die Fraktionsvorsitzende Anja Piel. „Bei steigenden Energiepreisen fängt die Rentnerin mit einer kleiner Rente irgendwann an, die Heizung herunterzudrehen oder vielleicht nur noch das Wohnzimmer zu heizen. Wir wollen gleichzeitig mit der Energiewende zu sozialeren Verhältnissen kommen“, sagte Piel. Gerade Menschen mit wenig Geld müssten bei den Nebenkosten entlastet werden. Dies könne durch das Nachrüsten mit vernünftigen Heizungen und Wärmedämmung erreicht werden.

Hören Sie auch:

[Baerbock: In der Klimapolitik sind wir zurück auf Los](#)

#### HINTERGRUND

## Wie der Borkenkäfer am Ende auch den guten Zwecken der Klosterkammer schadet

Von Niklas Kleinwächter

„Es ist ein sehr trauriges Bild“, sagt Constantin von Waldthausen, wenn man ihn nach der Situation in seinen Wäldern fragt. Der Betriebsleiter der Klosterforsten hat schon viel erlebt: Sturm, Frost, Trockenjahre. „Aber diese Kombination gab es noch nicht“, sagt er über die Entwicklung der zurückliegenden anderthalb Jahre. Die Wetterextreme und der Borkenkäfer haben auch den früheren Klosterwald nicht verschont. Besonders hart getroffen hat es das Revier Westerhof im Süden

Niedersachsens in der Nähe von Northeim. Von den knapp 2300 Hektar Wald liegen dort aktuell 250 bis 300 Hektar brach, berichtet von Waldthausen. Etwas geringer seien die Schäden in der ein Stück weiter nördlich gelegenen Klosterrevierförsterei Lamspringe ausgefallen, dort seien nur 60 bis 70 Hektar betroffen. Von Waldthausen vergleicht den Zustand des Reviers Westerhof mit einem kranken Verwandten. „Wenn Sie jemanden hatten, der schon krank war, erwischt es den beim nächsten Mal noch viel härter“, sagt er. Westerhof sei bereits 2007 vom Orkan Kyrill schwer getroffen worden. Genau elf Jahre später kam dann der Orkan Friederike, da hatte sich der Forst gerade wieder erholt, er sei „auf dem besten Weg“ gewesen, sich wieder zu regenerieren. „Jetzt ist der Schaden aber noch viel größer“, sagt von Waldthausen.

Die Klosterforsten sind Niedersachsens zweitgrößter Forstbetrieb, direkt nach den Landesforsten. Aus den Erträgen aus der nachhaltigen Bewirtschaftung der früheren Klosterwälder finanziert die Klosterkammer als eine Sonderbehörde des Landes Niedersachsen die Unterhaltung von Baudenkmalern, Kirchen und Klöstern – etwa die Lüneburger Klöster samt der Sankt Michaelis-Klosterkirche in Lüneburg. Darüber hinaus fördert die Klosterkammer, die vier öffentlich-rechtliche Stiftungen verwaltet, pro Jahr um die 300 Projekte.



Uns bereiten die Bäume Sorgen, die noch gut aussehen – dort ist der Schaden womöglich nur noch nicht zu erkennen.

Der Klosterkammerforstbetrieb, den Constantin von Waldthausen leitet, bewirtschaftet insgesamt rund 25.000 Hektar Wald in elf niedersächsischen Forst-Revieren. Die Dienstleistungstochter Klosterforsten-Management GmbH bewirtschaftet weitere 1.600 Hektar Fläche des Stiftsforstbetriebs Ilfeld in Thüringen. In den Klosterforsten stehen vorrangig Kiefern und Fichten, das Revier Westerhof war so etwas wie das Nadelholz-Schmuckkästchen der Republik. Es sei „bekannt für seine hervorragende Nadelholzqualität“, sagt der Klosterforsten-Chef. Nach dem Orkan Friederike lagen die Bäume aber wie Mikado-Stäbe herum, nur deutlich in einer Hauptrichtung gekämmt, beschreibt von Waldthausen das Bild im Januar 2018. Im vergangenen Jahr habe man die Fläche aufgeräumt. Ein paar Reste vom Holz liegen noch herum, aber nicht mehr viel. Die Bäume, die noch standen, werden dann aber jetzt stark vom Borkenkäfer befallen. „Bei den Bäumen, die schon braun sind in der Krone, da ist schon alles passiert. Uns bereiten die Bäume Sorgen, die noch gut aussehen – dort ist der Schaden womöglich nur noch nicht zu erkennen.“ Borkenkäfer suchen sich keine toten Bäume, sie legen ihre Eier unter die Borke lebendiger Bäume, wo die Larven nach dem Schlüpfen dann den Rindenmast auffressen und so unter der Rinde die Nährstoffversorgung unterbrechen. Dadurch sterben die Bäume schließlich ab.

„Es geht uns nicht besser als den anderen“, sagt von Waldthausen. Und doch haben die Klosterforsten als Großbetrieb strategische Vorteile, um mit den Herausforderungen deutlich besser

umzugehen. Zunächst liegen die elf niedersächsischen Reviere der Klosterforsten verstreut im Nord- und Südosten des Landes: drei im Norden zwischen Soltau und Lüneburg, zwei zwischen Uelzen und Celle, drei westlich von Hannover, drei zwischen Hildesheim und Northeim. Da sich der Schaden in den meisten Revieren in Grenzen hielt, konnten die Klosterforsten Mitarbeiter aus allen Revieren zielgerichtet in Westerhof einsetzen. „Es war ein großer Vorteil, dass die Schäden in der Lüneburger Heide geringer sind“, sagt von Waldthausen. Das liege auch an der ungewohnten langen Trockenheit für die Bäume im Süden, die weitaus günstiger für die Baumschädlinge war, als im Norden. Außerdem seien die Klosterforsten „sehr stark in der Holzvermarktung“, sagt von Waldthausen. Kleine und mittlere Privatbetriebe hingegen seien „hoffnungslos überfordert“. Denen fehlten nun wegen der ausbleibenden Erträge oftmals die Einnahmen, die Ernte vorzufinanzieren.

## **Status quo bei den Förderungen bleibt erhalten - fast**

Für die Klosterkammer seien die finanziellen Verluste aus dem Forstbetrieb spürbar, aber nicht dramatisch, sagt Kammerdirektor Andreas Hesse im Gespräch mit dem Politikjournal Rundblick. Die Erträge aus den Klosterforsten machten rund ein Viertel des gesamten Umsatzes aus, also 10 von insgesamt 40 Millionen Euro. „Die Verluste schlagen nicht voll durch, an der Aufwandsseite werden wir aber kürzen müssen, um das kompensieren zu können“, sagt Hesse. Ein Großteil der Aufwendungen der Klosterkammer seien nicht disponibel. So müssen die Baudenkmäler, Kirchen und Klöster weiter unterhalten werden. Bei den Zuwendungen allerdings wird sich der Einnahmenverlust aus dem Forstbetrieb bemerkbar machen. „Wir müssen nun strenger auf die Ansätze schauen, aber es besteht keine existenzielle Gefahr. Dafür ist das Stiftungsvermögen zu groß“, sagt Hesse. Trotz der Borkenkäferschäden wird es der Klosterkammer wohl gelingen, den Status Quo auch bei ihren Förderungen zu erhalten. Was jedoch ausbleiben werde, sei der Inflationsausgleich, den die Klosterkammer seit 2013 vornimmt, erklärt Hesse. Seit 2013 wurde die Gesamt-Fördersumme von 3 Millionen Euro jährlich etwa um die Inflationsrate angehoben, bis zuletzt auf 3,56 Millionen Euro in 2017. Im kommenden Jahr werde es diese Erhöhung nicht geben.

In Westerhof wird derweil die Wiederbewaldung geplant. „Wir werden wieder aufforsten – mit allen Problemen, die es dabei gibt“, sagt Kammerdirektor Hesse. Da fingen die Probleme bei der Beschaffung von Setzlingen an und endeten nicht bei der Suche nach neuen Waldtypen, die zu den sich wandelnden klimatischen Bedingungen passen. Da geht es den Klosterforsten wieder wie allen anderen Forstbetrieben auch.

### **Lesen und hören Sie auch:**

Artikel: [Buschmann fordert neue Waldförderpolitik](#)

Artikel: [CDU fordert Saatgut-Offensive zur Wiederaufforstung der Wälder](#)

Audio: [Otte-Kinast: „Die Waldbesitzer können nicht mehr“](#)

## Untreue-Verdacht: Staatsanwaltschaft nimmt Akten der Steuerberaterkammer unter die Lupe

Ist es bei der Steuerberaterkammer Niedersachsen zu Untreue gekommen? Ende Juni war nach einer turbulenten Sitzung der bisherige Vorstand unter dem Präsidenten Carsten Fischer aus Syke abgewählt worden. Zuvor waren Vorwürfe laut geworden, die Mitglieder des bisherigen Vorstandes hätten sich üppige Aufwandsvergütungen bewilligt mit jährlichen Summen von bis zu 450.000 Euro. Unter den Steuerberatern herrschen unterschiedliche Auffassungen zu der Frage, ob die Vorstandsmitglieder für ihre ehrenamtliche Tätigkeit nur eine Aufwandsentschädigung oder auch einen – viel höher gelegenen – Verdienstausschlag geltend machen können. Am Montag nun hat die Staatsanwaltschaft Hannover im Büro der Steuerberaterkammer geklingelt, einen Durchsuchungsbeschluss gezeigt und umfangreiche Unterlagen ausgehändigt bekommen – in Form von elektronischen Datenträgern und Akten. „Diese werden jetzt sehr sorgfältig geprüft und ausgewertet“, sagte die Sprecherin der Staatsanwaltschaft, Kathrin Söfker. Es bestehe der Verdacht der Untreue gegen die Mitglieder des früheren Vorstandes.

Bezug nimmt die Justizbehörde auf einen anonymen Hinweis und [auf die Berichterstattung im Politikjournal Rundblick Ende Juni](#). Es gehe um die Jahre zwischen 2016 und 2019. Wenn sich die Vorwürfe eine bewussten Rechtsverletzung bestätigen sollten, droht einigen bisherigen Vorstandsmitgliedern womöglich eine Anklage wegen Untreue.

## Personen & Positionen

**Hans Dieter Pötsch**, Vorsitzender des VW-Aufsichtsrates, und der VW-Vorstandsvorsitzende Herbert Diess genießen weiter das Vertrauen des VW-Aufsichtsrates, obwohl die Staatsanwaltschaft Braunschweig gestern mitgeteilt hat, die beiden und den ehemaligen VW-Chef Martin Winterkorn anzuklagen. Sie sollen sich der Marktmanipulation im Zusammenhang mit der Abgaskrise schuldig gemacht haben, weil sie die Anleger im Jahr 2015 nicht rechtzeitig über die Risiken der Diesellaffäre informiert hätten. Der Kurs der VW-Aktie war damals unmittelbar nach dem Bekanntwerden des

Betrugs massiv eingebrochen. Nachdem die Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung am Dienstag veröffentlicht hatte, beriet das Präsidium, ein Kernausschuss des VW-Aufsichtsrats, über die aktuelle Situation. Man sei der Ansicht, dass der Vorstand nach den vorliegenden Erkenntnissen „keine hinreichend konkreten Anhaltspunkte hatte, die eine sofortige Information des Kapitalmarkts erforderlich gemacht hätten“, hieß es nach der Sitzung in einer Pressemitteilung. Ein Grund dafür sei, dass die US-Behörden ihre Vorwürfe während laufender Gespräche mit Volkswagen völlig unerwartet veröffentlicht hätten. Im Präsidium des Aufsichtsrates ist auch Ministerpräsident Stephan Weil vertreten. Die Klagen der Aktionäre sind für Volkswagen nur eine von mehreren juristischen Auseinandersetzungen nach dem Manipulationsskandal. Hinzu kommen noch strafrechtliche Ermittlungen gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Martin Winterkorn. Ihm und vier weiteren Führungskräften wird unter anderem schwerer Betrug vorgeworfen. Zudem gibt es zehntausende Zivilklagen von VW-Fahrern. Und am Montag wird zum ersten Mal die Musterfeststellungsklage in Braunschweig vor Gericht verhandelt. Verbraucherschutzverbände klagen dabei für über 400.000 Betroffene.

**Martin Döscher**, von 1991 bis 2004 ehrenamtlicher Landrat des Kreises Cuxhaven, ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Der Landwirt und CDU-Politiker, der schon 1972 als ehrenamtlicher Bürgermeister im Dorf Köhlen begonnen hatte, war über die Parteigrenzen hinweg außerordentlich beliebt. Er galt als kommunalpolitisches Urgestein – direkt und offen, fern von ideologischen Grenzen, an der Lösung von Sachfragen interessiert. Döscher, der Menschenfreund, kümmerte sich um die Sorgen der kleinen Leute, verlor nie seinen Humor und hat es wohl als größtes Geschenk gesehen, einen politischen Ziehsohn bis auf die Ebene eines EU-Spitzenpolitikers aufsteigen zu sehen: David McAllister, ehemaliger Ministerpräsident, hat alle wesentlichen politischen Tricks und Kniffe von seinem Lehrmeister Döscher gelernt – und immer wieder den wichtigen Rat beherzigt, man dürfe nie vergessen, wo man hergekommen ist.

**Barbara Otte-Kinast**, Niedersachsens Agrarministerin, wird heute und in den kommenden Tagen über die Verteilung von Finanzmitteln für die Wiederaufforstung des Waldes verhandeln. Am heutigen Mittwoch wird sie zunächst nach Berlin reisen, um dort am Bundes-Waldgipfel von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner teilzunehmen. Von Mittwoch bis Freitag tagt zudem in Mainz die Agrarministerkonferenz. Auch dort steht die Bewältigung der Waldschäden auf der Tagesordnung. Wie Otte-Kinast gestern bei der Einbringung ihres Einzelplans zum Landeshaushalt im Agrarausschuss des Landtags erklärte, sollen auf Bundesebene für die Jahre 2020 bis 2023 rund 167 Millionen Euro aus dem Energie- und Klimafonds für den Wald bereitgestellt werden. Nach welchem Schlüssel die Mittel auf die Länder verteilt werden, sei aber noch Gegenstand der Verhandlungen.



IMPRESSUM

**HERAUSGEBER**



Drei Quellen-Mediengruppe GmbH  
Schiffgraben 36, 30175 Hannover  
Telefon (0511) 13 22 29 43  
Telefax (0511) 13 22 29 58  
info@drei-quellen-mediengruppe.de  
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt  
Registergericht: Amtsgericht Hannover  
Registernummer: HRB 5784

**CHEFREDAKTION**

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur V.i.S.d.P.)  
Martin Brüning (Chefredakteur Neue Medien,  
Leiter Redaktionsmanagement)  
Marktstraße 45, 30159 Hannover  
Telefon (0511) 13 22 29 40  
Telefax (05 11) 13 22 29 59  
redaktion@rundblick-niedersachsen.de  
www.rundblick-niedersachsen.de

**SERVICE FÜR ABONNENTEN**

Telefon (0511) 13 22 29 43  
Telefax (0511) 13 22 29 58  
vertrieb@rundblick-niedersachsen.de

Bezugspreis 111,- Euro im Quartal,  
Z.-Nr. H 2871,  
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich